

# Bergarbeiter-Zeitung

# **Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands**

Abo-nem-einspreis monatlich 1,50 M., vierfachjährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 8 M., vierfachjährlich 9 M. — Verhandlungsanzeigen kosten pro Zeile 70 Pf. — Test- und Geschäftsanzeigen werden nicht entgegengenommen.



Berantwortlich für den Inhalt: Karl Schabt; Druck: W. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Königlich Bochum, Wiemelhäuser Str. 38—42. Telephon-Nr. 88, 89 u. 98. Telegr. Abt.: Altvorstand Bochum.

# Und was nun?

Mit 220 gegen 172 gültigen Stimmen bei einer Stimm-  
enthaltung hat der Reichstag am 10. Mai die neue bildete  
Regierung ermächtigt, das Londoner Ultimatum der Entente-  
vertreter anzunehmen. Geschlossen für die Annahme  
stimmten die Fraktionen des Zentrums, der Mehrheitssozialisten  
und der Unabhängigen. Ferner stimmten mit „Ja“ ungefähr  
die Hälfte der Demokraten, sechs Mitglieder der Deutschen  
Volkspartei, zwei bayerische Volksparteiler und ein Kommunist.  
Geschlossen mit „Nein“ stimmten die altpreußisch-konservativen  
Deutschnationalen und (bis auf einen) die Kommunisten! Diese  
Gemeinschaft der konservativen Monarchisten und der mosko-  
wittischen Kommunisten ist wieder mal sehr bezeichnend für unsere  
innerpolitische Lage.

Das Kabinett Fehrenbach-Simonis war gleich nach Einlaufen des Entente-Ultimatums zurückgetreten. Ohne ersichtlich zwingenden Grund. Gerade nun, wo das Reichsschiff in höchste Gefahr gebracht war, hätten die Leute, die es seit Juli 1920 steuerten, auf ihren Posten bleiben müssen. Sie taten es nicht. So musste kurz vor Ablauf des Ultimatums, unter einem ungeheuren außenpolitischen Druck, schnell eine Regierung gebildet werden, die die Verantwortung für die Annahme der Londoner Bedingungen zu übernehmen bereit war. Tagelang hing alles in der Schwere, nur noch wenige Stunden und die in Düsseldorf usw. angesammelten Regimenter des Marschalls Foch wären in das Ruhrgebiet einmarschiert. In der Deutschen Volkspartei, die sich dem Volke als „einzige fähige Wiederaufbaupartei“ empfohlen und damit bei den vorjährigen Wahlen einen großen Stimmen- und Mandatzuwachs erzielt hatte, lagen die Anhänger der Annahme mit ihren Gegnern intensiv — bis auch der Parteiführer Dr. Stresemann, der bereits als neuer Reichskanzler genannt wurde, sich den Ablehnern anschloss und schließlich nur noch sechs Fraktionsmitglieder, darunter die bisherigen Minister v. Raumer und Heinze, ferner der Abg. v. Hardorff, als Ja-Stimmen übrig blieben. Die Volkspartei hatte also nicht den Mut, die Folgen der Politik der Reichsregierung, an welcher die Volkspartei durch drei Mitglieder direkt teilnahm, zu verantworten! Wenn alle Parteien so „tapfer“ gehandelt hätten, würde Marschall Foch triumphiert haben.

Da die Volkspartei nicht den Mut der Verantwortung für die Folgen ihrer Regierungstätigkeit aufbrachte, das Schicksal des deutschen Volkes aber nun von einer raschen Regierungsbildung abhing, entschlossen sich die Mehrheitssozialisten wieder in die Regierung einzutreten, aus welcher sie im Juli 1920 infolge des Wahlsieges der Volkspartei austraten. Die Mehrheitssozialisten ersuchten die Unabhängigen, auch mit in die Regierung einzutreten. Diese aber erklärten, mit den „Rechtssozialisten“ allein, unter Mitwirkung des Gewerkschaftsbundes und der AfA, seien sie zur Regierungsbildung bereit. Das war immerhin eine freundlichere Haltung im Vergleich zu früher. Doch ist im jetzigen Reichstag keine reinsozialistische Regierung lebensfähig; sie wäre bald erledigt. Darum entschlossen sich die Mehrheitssozialisten, wieder in einer Regierung mit Zentrum und Demosraten zusammen zu wirken, um das Verschellen des steuerlosen Reichsschiffs zu verhindern.

Die neue Regierung besteht aus dem Reichskanzler Dr. Wirth (3.), Vizekanzler und Reichsschatzminister G. Bauer (S.), Postminister Giesberts (3.), Justizminister Schiffer (D.), Eisenbahuminister Gröner (D.), Ernährungsminister Herrmes (3.), Innenminister Dr. Gradauer (S.), Reichswehrminister Geßler (D.), Arbeitsminister Dr. Braun (3.), Wirtschaftsminister R. Schmidt (S.). Die anderen Ministerstellen sind noch unbesetzt.

Sofort nach dem Beschluß des Reichstages hat die neue Reichsregierung der Entente die bedingungslose Annahme des Londoner Ultimatums mitgeteilt.

Ungheure Lasten sind dem deutschen Volke durch das Ultimatum der Ententemächthaber aufgebürdet worden. Werden wir sie tragen können? Die Ansichten auch der besten Sachverständigen gehen darüber weit auseinander. Wer Recht hat, muß die Praxis Ichren. Wir sind die Besiegten, ob schuldig oder nicht schuldig, das ist nach uraltem Gewaltrecht des Siegers gleichgültig; und wir müssen die Folgen der Niederlage auf uns nehmen. Wären die während des Krieges nie ruhenden Friedensbemühungen nicht beharrlich von den Militaristen und An-Regionstreibern sabotiert worden, hätten wir 1917 den damals nicht unmöglichen Verständigungsfrieden erhalten, dann drückte uns kein Versailles und seinpondauer Ultimatum.

uns kein Versailles und kein Londoner Ultimatum.  
Aber damals waren es in erster Linie gerade die Konserватiven (Deutschnationalen) und Nationalliberalen (Deutsche Volkspartei), die jeden, der für einen Frieden ohne Kontributionen und Annexionen eintrat, als „Hochverräter“ am liebsten an die Wand gestellt hätten. Heute sind es wieder dieselben Parteien, die nicht nur die Verantwortung für die Folgen ihrer Kriegspolitik ablehnen, sondern obendrein jene Parteien, die nun Volk und Reich vor dem Chaos zu retten suchen, als „Agenten der Franzosen“ beimpfen. Im Namen der Konserватiven-Deutschnationalen hielt am 10. Mai im Reichstag der frühere preußische Finanzminister Abg. Hergt eine Rede für die Ablehnung, von der (der Rede) sogar die rechtsextreme „Essener Volkszeitung“ schreibt: „Da überrte sich wieder der preußische Uebermut, — einer verderbliebenen Kurzrohbaritätismus, der in der Vergangenheit so gründlich geschäftlich ausgemünt zu werden pflegte, der aber elendiglich zusammenbricht, wenn Opfer gefordert werden!“ Ein wahres Wort —

wenn es die „Essener Wolfsjtg.“ nur stets beheizen wollte. Sowohl es werden nun sdiwer e. Opfer gefordert. Und jetzt mag es sich zeigen, ob die Befürchtungen, vor allen Dingen denen der Orts- und seine Nachbarn widerstehen will.

brachten, ernstlich gewillt sind, ihren oft lärmend verkündeten Patriotismus durch die Tat zu beweisen. Nun sie es nicht freiwillig, dann muß die neue Regierung mit unerbittlicher Energie zu fassen, oder aber schon die ersten Bedingungen des Londoner Ultimatums sind nicht zu erfüllen und hinter einer kurzen Atempause steht der Zusammenbruch des Reiches. Bringt die Regierung es nicht fertig, die schon bald fälligen Milliarden u. a. durch Erfassung der im In- und Auslande versteckten riesigen Kriegsgewinne, der aus Deutschland in ausländische Banken und Industrieunternehmungen verschobenen Riesensummen, durch restloses Heranholen der agrarischen und industriekapitalistischen Steuerdrücker flüssig zu machen, dann ist nicht nur die neue Regierung, sondern auch das deutsche Reich erschöpft. Im ententistischen Auslande hat man viel besser, wie es die meisten Leute in Deutschland ahnen, die ja durch aufsehenerregenden großen finanziellen Transaktionen deutscher Großkapitalisten verfolgt. Dort beobachtet man auch mit scharfem Blick das kolossale Anschwellen der Überschüsse der deutschen Industrie-, Handels- und Bankunternehmungen. Man schließt daraus, daß Deutschland viel zahlungsfähiger ist, als in offiziellen und privaten Kündgebungen verlautbart. Deutschleidige Versicherungen, das Geforderte nicht zahlen zu können, finden daher bei der Entente keine Gläubener. Das ist die vorherrschende Auslandsstimmung.

Die beiden Rechtsparteien sind die Hauptvertreter des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. Sie lehnten das Ultimatum ab und forderten so nach Lage der harten Tatsachen die Verfehlung des Ruhrgebiets und den sicheren Verlust Überhlesiens heraus. Was sie dagegen machen wollten? Auf diese Frage kam keine Antwort. In der volksparteilichen „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 340) wird jedoch bereits Sturm gelaußen gegen das Kabinett Wirth, weil dieses, als der „Beauftragte Erzberger's“, für die starkste Pestierung des Besitzes sei. Dieser Pestierung müsse „entschlossener Widerstand“ geleistet werden! Da haben wir die „nationale Opferbereitschaft“!

Weicht die neue Regierung vor diesem „entschlossenen Widerstand“ der Reichen und Reichsten zurück, dann war die Annahme des Londoner Ultimatums ein schwerer Fehler. Wird die entschlüsselische Entwaffnungsnote in der gegebenen Frist befolgt sein? Werden die Kriegsverbrecher rechtzeitig zur Rechenschaft gezogen? Auch davon hängt die Zukunft des Reiches ab. Könnten diese Bedingungen nicht erfüllt werden — die ehrliche Abstimmung nehmen wir an —, dann würde die Annahme des Ultimatums, wie viele Deutsche, keineswegs nur deutsch-national-volksparteiliche Parteigänger, ohnehin glauben, nur für eifische Woker den Aufschub des Triumphes der Faschisten bedeuten. Viele Anhänger der dauernd friedlichen Völkerverständigung sind eben der Meinung, angesichts des Oranges zum „Marschieren“, der jenseits der Vogesen immer wieder aufgepeitscht wird, sei bei

gewiss der Bogen immer wieder aufgerichtet wird, bei der ersten Verzögerung der Erfüllung des Ultimatums, selbst einer nachweislich nicht böswilligen, mit dem Eintritt aller angedrohten Sanktionen doch zu redmen. Von der Hand weisen läßt sich diese Befürchtung nicht. Auch in den Reihen der Parlamentarier, die sich schweren Herzens entschlossen, für die Annahme des Ultimatums zu stimmen, wird diese Befürchtung ge teilt. Manche Reichstagsglieder haben gewiß nur deswegen mit „Nein“ gestimmt. Sie bewahrheitet sich todsicher, wenn es die Regierung nun an der rücksichtslosen Energie gegen unberechtigte Waffenträger, gegen Gewinnverlierer und Steuerhinterzieher fehlen läßt.

Die kapitalistischen Rechtsparteien beschimpfen die Sozialdemokraten als „Auslandsagenten“. Merkwürdigerweise aber sind die Kurse der deutschen Industriepapiere an den Börsen seit der Annahme des Londoner Ultimatums stark gestiegen, ja sie befanden sich nach der Mitteilung eines Börsenberichts sogar „in stürmischer Aufwärtsbewegung“! Dies beweist, daß man auch im kapitalistischen Kreisen nicht von der Unerschließbarkeit des Ultimatums fest überzeugt und deshalb innerlich mit der Annahme des Ultimatums einverstanden ist; sie als das kleinere Übel betrachtet. Man ist daher zu der Annahme berechtigt, daß die Rechtsparteien, namentlich die Volkspartei, sich im Parlament nur vor der Übernahme der Mitverantwortung drücken, um sich in der Wahlagituation als tapfere „Rein“-Helden feiern zu lassen! Eine „wahrhaft vornehme“ Politik!

haft vornehme Politik!  
Als nach der Reichstagswahl im Juni 1920 sich eine neue Reichsregierung ohne Sozialisten vorstellte, haben wir sie objektiv beurteilt als eine Macht, die auch nur mit Wasser füllen könne, von der kein Einsichtiger verlangen dürfe, daß sie Feigen vom Dornenstrang pflücke. Wenn es sich um die Förderung des Allgemeinwohls handelte, haben wir die sozialistenteile Regierung unterstützt, soweit wir nur konnten. Der neuen Regierung stehen wir ebenso objektiv gegenüber. Ihre Stellung ist noch viel schwieriger wie die ihrer Vorgängerin. Die erste Aufgabe des Kabinetts Wirth ist die Erfüllung der Ententebedingungen. Ob es diese Aufgabe lösen kann angesichts der Wirtschaftskrise, der schweren oberseelsischen Wirrenisse, gegenüber dem bereits angekündigten passiven und aktiven Widerstande der Geldsackpatrioten? Das ist eine Frage, die nur ganz unverwüstliche Optimisten ohne Bedenken bejahen können. Werden nun wenigstens die Parteien, die sich zur neuen Regierungskoalition zusammengefunden haben, beharrlich an einem Strange ziehen? Oder wird man die Sozialisten trotz ihrer übermaligen Sintanzezung parteiegoistischer Erwägungen nach wie vor in der Presse und in Rundschriften der „verbündeten Parteien“ als „Schuldige an dem Zusammenbruch“, als „Verstöter der Kultur“ und dergleichen mehr beschimpfen? Wir ge-

Die neue Regierung wird sich den größten Beifall der gesamtdeutsch organisierten Arbeiterschaft erwerben, wenn sie

nicht das Heil des Volkes in der Begünstigung der privatkapitalistischen Gewinnsucht erblickt. Wandelt sie die Wege des Kapitalismus, dann wird sie auf unsere Unterstützung nicht rechnen dürfen. Wir haben absolut kein Interesse an der Erhaltung und Kräftigung eines Systems, dessen vornehmste Träger schon gar kein Heil daran machen, daß sie die Arbeiter wieder zu bloßen Ausbeutungsobjekten herabdrücken werden, wenn die Macht der „Arbeitgeber“verbände dazu ausreicht. Das auszusprechen halten wir für durchaus notwendig, um irgendwelche Spekulationen kapitalistisch gesinnter „Wiederanbauer“ von vornherein als verfehlte zu kennzeichnen. Wenn überhaupt, dann können die Talentebedingungen nur erfüllt werden durch die höchsten Anstrengungen aller Hand- und Kopfarbeiter. Man glaube aber nicht, daß die Arbeiterschaft zu diesen Anstrengungen bereit ist, wenn sie weiß, daß sie auch arbeiten muß, um mit einem Teil ihres Arbeitsertrages unproduktiven Droschken ein behagliches Leben zu ermöglichen. Nicht der rücksichtslos egoistische, sondern nur der wahre sozialistische Geist, zur Überbereitschaft für die bedrohte Volks- und Reichsgemeinschaft gegeistern, muß gefördert werden. Das möge die neue Reichsregierung bei allen ihren Beschlüssen beherzigen, wenn sie sich die Unterstützung der Arbeiterschaft sichern will.

# Der färmliche Bergbau im Jahre 1919.

Senarschafspensionsfassen bestanden 1919 in Sachsen 2, und zwar die Allgemeine Knappschafspensionsklasse für Sachsen und die Knappschafspensionsklasse beim Zwickauer Brüderberg-Steinkohlenbauverein. Es steht um nicht die sämtlichen sächsischen Steinkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergwerke mit Ausnahme des Zwickauer Brüderberg-Steins.-B.-V. und einiger kleinerer Werke, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von der Bugehörigkeit zu einer Senarschafspensionsklasse befreit sind.

Die Renten wurden gezählt: 1. an Invaliden, die nicht gleichzeitig reichsgerichtliche Rente bezogenen (Berufseinvadiden), 461 667,80 Mf.; 2. an Invaliden, die gleichzeitig reichsgerichtliche Rente bezogenen (Invaliden im Sinne der R.V.D.), einschließlich des Reichszuschusses 2 118 413,00 Mf.; 3. Leuerungszulagen an Invaliden und Witwen 674 113,63 Mf.; 4. Witwendepensionen, einschl. Abfindung bei Wieder-herbeieitung und Witwengeld nach der R.V.D., 815 177,05 Mf.; 5. Witwendepensionen, einschließlich Witwengeld nach der R.V.D., 131 816,11 Mf.; 6. Heilversicherungen 32 526,51 Mf.; 7. Begegnungsgelder 70 895,75 Mf.; 8. aufzulösende Beiträge 81 934,22 Mf.

Bei der Knappheisepensionklasse des Biwidauer Brüderberg-Steinkohlenbauvereins stellte sich der Mitgliederbestand am Jahresanfang auf 2521, der Eingang auf 201, der Abgang auf 632, somit am Jahres- schluss auf 2300.

Pensionen wurden gewährt an Ganzinvaliden 162 293,64 M., an Halbinvaliden 1653,79 M., an Witwen (einschließlich Abfindung bei Wiederverheiratung) 55 329,14 M., an Weisen 12 390,60 M., Leuerungsablagen zu den Pensionen 40 464,50 M., Sterbegelder 5115 M., Kuraufwand 196,55 M., zurückgezahlte Beiträge 3575,84 M. — Der Vermögensbestand betrug am Jahresanfang 2 821 976,91 M., am Jahres-  
schluß 2 018 215,79 M.

Schre beachtenswert sind auch die Verhältnisse der knappsschäfischen Krankenkassen. Solche Kassen bestanden im Steinkohlenbergbau 19 (bei jedem Werke), im Braunkohlenbergbau 15 (davon für die Werke im Bornaer Revier eine gemeinschaftliche Reklerklasse, die übrigen bei den einzelnen Werken), im Erzbergbau 7. Die Kassen des Steinkohlenbauvereins Gottes Segen in Lugau und des Lugauer Steinkohlenbauvereins besitzen zusammen ein eigenes Krankenhaus, ebenso die Kasse des Freiherrlich v. Burglet Werkes. Die Beiträge bewegten sich zwischen 3,1 und 7,8 v. H. des Grundbetrags. Die Mitgliederzahlen decken sich ziemlich mit der Belegschwergüte. Die Zahl der Erkrankungsfälle im Steinkohlenbergbau betrug 19 185, davon bauertien über 3 Tage 18 507. Die Zahl der Krankheitstage betrug 430 905, darunter mit Krankengeld an im Hause Verpflegte 811 850, an im Krankenhaus Verpflegte oder mit Haugeld 17 767, mit Krankenhausverpflegung 24 020. Die Einnahmen betrugen einschließlich der Kassenbestände vom Vorjahr in Höhe von 79 446,22 Ml. insgesamt 5 048 084,28 Ml. Unter den Ausgaben betragen diejenigen für ärztliche Behandlung 448 195,24 Ml., Arznei und sonstige Heilmittel 635 219,91 Ml., Krankengelder 1 521 719,61 Ml., Wochenhilfe 150 856,82 Ml., Verpflegungskosten an Krankenanstalten 86 521,41 Ml., Sterbegelder 117 753,31 Ml., Aufwendungen für Familien- und Invalidenhilfe 10 815,50 Ml. Die Gesamtausgaben betragen 4 197 645,73 Ml., die gesetzlichen Krankenkassen am Steinkohlenbergbau 3 600 000 Ml.

zeugen 4 105 645,72 M., die gesamten Rassenbestände am Jahresabschluß 687 388,56 M., die gesamten Rücklagen am Jahresabschluß 2 067 217,07 M. und die Schulden (Vorratszugsguthaben der Bergwerksunternehmer) 94 927,60 M.

Im Braunkohlenbergbau stellten sich die Verhältnisse der Kranken- schäftsfrankenlosen wie folgt: Die Zahl der Erkrankungsfälle betrug 6844, davon dauerten über drei Tage 6471. Die Zahl der Krankheitstage betrug 146 269, darunter mit Krankenhausverpflegung 11 076, mit Krankengeld an im Hause 124 559, an im Krankenhaus verpflegte oder mit Hausgeld 10 257. Die Zahl der Sterbefälle von Mitgliedern, Infektionen, Ehegatten und Kindern betrug zusammen 294.

Die Einnahmen betrugen, einschließlich der Rassenbestände von 1918 in Höhe von 4888,90 M., zusammen 1 685 262,19 M. Von den Ausgaben entfielen auf ärztliche Behandlung 169 987,71 M., Arznei und sonstige Heilmittel 144 661,83 M., Krankengeld 586 062,20 M., Wochenzölle 35 361,88 M., Verpflegungskosten in Krankenanstalten 47 680,75 M., Sterbegelder 38 762,21 M., Aufwendungen für Familien- und

Indobilienhilfe 50 875 M. Die Gesamtausgaben betrugen 1 564 545,14 M., die gesamten Raiffenbestände am Jahresende 1907 737,05 M., die gesamten Rücklagen am Jahresende 740 609,42 M., Gläubiger waren keine vorhanden.

betrug 19395, darunter mit Krankenhausverpflegung 524, mit Krankengeld an im Hause Verpflegte 14875, an im Krankenhaus Verpflegte oder mit Krankengeld 201. Die Zahl der Sterbefälle von Mitgliedern, Invaliden, Ehegatten und Kindern betrug 43.

Die Einnahmen betrugen einschließlich der Kostenbestände von 1918 in Höhe von 2549,07 M., insgesamt 190 544 M. Von den Gesamt ausgaben in Höhe von 166 418,08 M. entfielen auf ärztliche Behandlung 19 574,87 M., Arznei und sonstige Heilmittel 15 902,78 M., Krankengeld 71 116,98 M., Wochenhilfe 3597,90 M., Verpflegungskosten an Krankenanstalten 4013,50 M., Sterbegeld 7833 M. Die gesamten Kostenbestände betrugen am Jahresende 24 126,94 M., die gesamten Rücklagen 117 112,46 M. und die Schulden (Vorschussguthaben der Bergwerksunternehmer) 59,57 M.

Weiter bestehen bei den einzelnen Werken besondere Arbeitser unterhaltungskassen, die geprägt werden von den Straßgeldern.

Der gesamte Vermögensbestand dieser Kassen bei allen drei Bergbauwerken betrug am Jahresanfang 181 000,61 M., davon wurden Unterstützungen gewährt 113 720,28 M., und der Vermögensbestand am Jahresende betrug 191 742,20 M., dagegen hatten die Kassen im Berichtsjahr eine gesamte Neuinvestition in Höhe von 121 371,87 M.

Weiter bestehen beim südlichen Bergbau noch 18 freiwillig errichtete Unterstützungskassen, davon 14 allein beim Steinbockbergbau und die 2 beim Braunkohlen- und Erzbergbau. Der gesamte Vermögensbestand dieser Kassen betrug am Jahresanfang 610 140,52 M., die daraus gewährten Unterstützungen 271 122,40 M., und der Vermögensbestand am Jahresende 1 452 314,68 M., so daß diese Kassen eine Neuinvestition in Höhe von 962 296,56 M. hatten.

Weiter bestanden beim südlichen Bergbau sechs Knappsschaftliche Gewerkschaften. Diese sind im Jahre 1919 aber jämisch aufgelöst worden. Die vorhandenen Kassen und Vermögensbestände in Höhe von 43 600,95 M. wurden im Scheibenberger Revier an Unterstützungsvereinigungen verteilt, in den übrigen Revieren anderen Unterstützungs- und Revierkassen zur zweckentsprechenden Weiterverwendung übertragen.

Weiterhin bestehen beim südlichen Bergbau 93 Stiftungskassen. Diese Kassen haben im Jahre 1919 an Unterstützungen gezahlt 79 977,92 M. und hatten am Jahresende 1 177 485,13 M. Vermögensbestand.

Zugleich gibt es beim südlichen Bergbau noch Bergmagazin kassen und Leistungszulagenfonds. Die Einnahmen dieser Kassen und Fonds betragen 1919 184 107,51 M., die Ausgaben 132 415,18 M. und das Gesamtvolumen am Jahresende 57 014,23 M.

Sämtliche vorstehend genannten Kassen hatten zu Jahresanfang einen Gesamtvolumenbestand von 51 386 178,24 M., zahlten Unterstützungen in der Gesamthöhe von 9 882 797,80 M. und hatten am Jahresende einen Gesamtvolumenbestand von 57 602,122,80 M.

F. Langhorst.

## Von der Anarchie zum Bankrott in der Kaliindustrie.

Niederholz haben wir die anarchischen Zustände in der Kaliindustrie schriftlich behandelt. Die Gefahren und Schäden, die der Bergarbeiter schafft, den Gemeinden und unserem ganzen Volke aus diesen Zuständen drohen, sind jetzt klar. Tausende Arbeitnehmer sind und werden wegen Mangel an Absatz entlassen. Die Bergarbeiter verlieren nur noch die Hälfte der regulären Gehalts. Eine Menge Werke sind bereits stillgelegt; eine größere Anzahl soll stillgelegt werden. Es erübrigt sich zu sagen, was das für die in Betracht kommenden Gemeinden bedeutet. Verringrigerer Produktionsfaktor heißt weiterer Rückgang unserer Erzeugerträgnisse. Der Ausfall des Auslandsabsatzes könnte uns in der Erfahrung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen ganz beträchtlich ein-

Greindau stellt sich jetzt das Kali-Spekulantentum hin und versucht, den verschiedensten Korporationen mit allen Mitteln der Rethorik und zählemäßig nachzuweisen, daß die Kaliindustrie bankrott sei. In den 60 Jahren des Bestehens der Kaliindustrie keine großen Streiks, niedrige Löhne, Privatmonopol und bis 1919 Weltmonopoldstellung. Welche deutsche Industrie konnte auf so festen Grundlage aufbauen? Und jetzt gestehen uns die Kaliindustriellen mit geradezu zynischer Offenheit, daß es ihnen gelungen ist, eine unter so außerordentlich günstigem Lagerpreis Verhältnisse in arbeitende Industrie bankrott zu machen.

Herrschaften, Arbeiterschlafungen, Bankrotte Gemeinden, Rückgang der Erzeugerträgnisse, Verringerung der Lebensmittel- und Rohstoffeinschüsse; was summert das eine weise Regierung! Seit Monaten drängen die Arbeitervertreter auf eine durchdachte gesetzliche Regelung. Vor neun Monaten ist der Regierung vom Reichsrat ein Abänderungsentwurf zu den Durchführungsbestimmungen des Kaliwirtschaftsgesetzes zugegangen. Er liegt im Reichswirtschaftsministerium — begraben. Inzwischen werden Quoten verkauft, immer mehr Werke stillgelegt, mehr Feuerzüge eingelebt und dem Arbeitervorsteher neue Massen zugesetzt, ohne daß bisher nur ein Pfennig gezahlt worden ist. Darf man da fragen, in welchem Interesse die Verzögerung der Ratifikation liegt?

Ancheinend glaubt die Regierung, daß die Bankrotte sich selbst, der Arbeiterschaft und dem Volk helfen werden. Sie scheint nicht zu wissen, daß aus den vor Jahren von dem Kali-Spekulantentum eingesetzten, sogenannten Selbsthilfsaktionen ein Sotterpunkt geworden ist, daß diese wahnwirkt darauf los gründeten und mit ihrer "Selbsthilfe" jetzt von ihnen eingestandenen Bankrott gründlich vorbereitet haben. Schön das bisherige Treiben dieser Wörterjäger, die mit einem außerordentlich wichtigen Gut der Nation insm. Schindblut getrieben haben, müßte in einem geordneten Staatswesen genügen, um die ganze Gesellschaft auf die Arztlage eines — wenn wir es hätten — Reichswirtschaftsgerichts zu bringen.

Aber den leibigen Machthabern der Kaliindustrie genügt es nicht, daß sie Arbeit und Beamte verschlafen und verhungern lassen. In dieser Beziehung haben sie immer ein weiteres Gewissen gehabt. Ihnen genügt auch nicht der Kinderarmut und das Elternleid einer Art Kolonie. Die abschäßliche Vernichtung der nationalen Bodenschätze ist ihnen Selbstverständlichkeit, wenn es gilt, ihr Privatinteresse zu wahren. Mit einer geradezu heimlichtüroen Umgangsertheit versuchen sie, sich auf Kosten des Volkes zu treiben. Anträge auf teilweise Befreiung der Umsofzuer, auf Frachtermäßigung, auf Befreiung von den Auslandsabgaben, auf Errichtung einer einzigen Frachtertarifaktion und auf eine handelsähnliche Preisregelung sind ihnen Selbstverständlichkeit. Über auch damit nicht genug. Zeigen sich andere Interessen, ihren Forderungen nachzugeben, dann preisnieren sie den Verluststreit. Von dem Machtkreiselpunkt der Kaliwerksbetreiber zeugt nachstehendes Kundschreiben:

Deutsches Kaliundikat

G. m. b. H.

Berlin SW. 11, den 11. 3. 21.

An die Großabnehmer der Deutschen Kaliindustrie.

Begehrlicher Unmöglichkeit der Lieferung seien wie uns geworden. Ihnen mitzuteilen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, Anteile in Kaliabgasen von 38—42 % entgegenzunehmen. Wir werden diejenigen Aufträge, die bei Bertrand dieses Kumbchreibens bereits unterwegs sind, wenn möglich noch zur Ausführung bringen. — Das gleiche gilt für uns vorliegende Terminaufträge, falls sie sofort in prontote Aufträge umgewandelt werden.

Weiter machen wir Ihnen die ergebene Meldung, daß wir, falls die geplante 50-70-prozentige Zöllerhöhung auf künstliche Dungemittel in Kraft trete, nicht mehr instand wären, Aufträge in Kaliabgasen der Gruppen I—III (Karnallit mit 9—11 Proz., Ammoniakalzit und andere Rohsalze mit 12—15 Proz., Kaliabgasen 18—22 Proz., Kaliabgasen 24—28 Proz.) für Stationen entgegenzunehmen, welche mehr als 500 Kilometer von den Frachtaustragstationen entfernt liegen. Wir möchten daher empfehlen, etwaige Terminaufträge, die Ihnen vorliegen, in prompte Aufträge umzändern zu lassen. Deutsches Kaliundikat G. m. b. H.

Unterschriften.

An die Gesellschafter des Deutschen Kaliundikats G. m. b. H. Lieferungsverträge für Kaliabgasen 40 Proz. und angebrochene Sperr für die Salze der Gruppen I—III.

Wir haben heute obiges Rundschreiben an unsere Großabnehmer gerichtet. Nach der Sperr der Lieferungen in Kaliabgasen 38—42 Prozent erübrigte mir Sie, auch im Landesrecht der Tüngesetz nicht mehr abzugeben.

Deutsches Kaliundikat G. m. b. H. (Unterschriften).

Mögen die Erzeugerträgnisse zurückgehen, mag das Volk verhungern: die Arbeitervertreter haben Privatmonopol auf den Verkauf von Kali erlangt und wer nicht will wie wir, bekommt kein Kali. — Das ist eine Katastrophe.

Was kann da die zahlreichen Projekte der Kaliindustrie? Als der Reichsrat am 21. April 1921 den Antrag auf Errichtung einer einzigen Frachtertarifaktion zur innerdeutschen Belebung durchsetzte, erhob sich der Generalsdirektor des Kaliundikats in seiner ganzen Größe

und sagte den Vertretern der Landwirtschaft und der Süddeutschen Länder ins Gesicht: "Dann sperren wir den Absatz für Süddendeutschland! Lan d! Lan d! Lan d!" Was nützt es, wenn ein Vertreter der Landwirtschaft, der deutschnationale Abgeordnete und Vizepräsident des Reichstags, Herr Gehlhaar Dr. Dietrich, grobhaft dessenart und diesen rücksichtlosen Spekulanten sagt, daß ihre Handlungen zu einer sozialen Gesellschaftsveränderung herausfordern? Was nützt es, wenn die Regierungsbewerber gegen das Gebaren des Kaliundikats protestieren? Diese "Gewaltmenschen", um einmal im Jargon des schon erwähnten Abgeordneten zu sprechen, pfeifen darauf. Zeit, höchste Zeit ist es, und zwar nicht nur im Interesse der Arbeiter, Beamten und der Landwirtschaft, sondern im Interesse unseres schwer leidenden Volkes, der Regierung und der Gesellschaftslage hier zu machen, daß es möglich ist, die Industrie ohne die Bankrotte auf vollständig neuer Grundlage aufzubauen.

Alle Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung hat die Kaliindustrie hinter sich: willkürlichen Konkurrenzkampf, Konvention, Syndikat und Privatmonopol. Nichts hat sie vor der Anarchie und dem nunmehr von den Industriellen selbst eingestandenen Bankrott retten können. Ein Punkt könnte den Leidendenweg nie wiederholen. Es gibt nur eine Zeitung: Es kann wie mit irgend möglich die Bergesellschaft der Kaliindustrie!

**Knappsschaftsfesten-Wahlen**  
am 26. Juni d. J. im Ruhrgebiet!  
Die Wählerlisten liegen auf den Zähnen aus! Bahnt Euch eintragen und laßt Euch den Wahlausweischein ausspielen! Sicher Euer Wahlrecht!

## Unberechtigte Angriffe.

In der "Zeitschrift für Wohnungswesen", dem ältesten und lange Jahre hindurch führenden Organ der deutschen Wohnungswirtschaft, ist ein eindrucksvoller Aufsatz erschienen, der sich unter der Überschrift "Freiweile im Siedlungswesen" mit dem Bau der Bergmannswohnungen im Ruhrbezirk beschäftigt. Der Aufsatz kommt auf Grund sehr fragwürdiger Vorstellungen zu sehr weitgehenden Schlüssen, die völlig unberechtigte Vorwürfe für die Bergarbeiterchaft enthalten und die deshalb zurückgewiesen werden müssen.

Es wird dort behauptet: 1. Im Ruhrgebiet wird über jedes verhältnismäßig Maß hinaus teuer gebaut und es wird 2. gegen jede wirtschaftliche Verantwaltung billig gehobt. 3. Die Ansprüche der Bergleute an die Durchführung der Siedlungstätigkeit und 4. an die Bauausführung sind unverhältnismäßig hoch und widersprechen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Für diese vier Behauptungen werden folgende "Beweise" erbracht: Die Kosten einer Bergarbeiterwohnung einschließlich Garten betragen gegen 100 000 M., nicht selten auch darüber, bis gegen 120 000 M. Trotz dieser hohen Baukosten gingen die Mieten oft unter 500 M. herunter und lagen nie über 800 M. im Acht hinaus. Außer der Höhe der Baukosten sind die Bergleute schuld. Zum Beweise dafür sagt der Verfasser:

Arbeitschaftsvertreter aus Bergarbeiterkreisen geben ihrem Unterkommen darüber Ausdruck, wenn aus Erbschaftsstiftungen hier und da nicht Einzelhäuser, sondern Doppelhäuser oder Gruppenhäuser für 4 bis 6 Familien geschaffen sind, wenn die Leistungen für elektrisches Licht nicht, weil dies den Betrieb verteuern würde, unter den Nutzen gelegt sind, wenn im Gegensatz zu Siedlungen, die aus besseren wirtschaftlichen Seiten vor dem Kriege standen, die Fenster und Türen so einfach wie möglich gehalten sind, wenn vielleicht zu einem gewissen Nachteil der ökonomischen Wirkung aus Sparvorschriften von der Anbringung von Fensterläden abgehen wird usw. Nichts, was geschaffen ist, ist gut genug, an allem wird herumgeorgert, überall werden neue Anstrengungen erheben; statt dahin zu wirken, daß die Bergarbeiter ihre Ansprüche den übrigen wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands anpassen, werden sie mit allen Mitteln dazu angelernt, für das nur das Teuerste und Beste zu fordern. Wenn an einem Stück geeignetes Gelände zur Verfügung steht, dann lehnen sie es ab, wenn etwa am Walde oder Bergeshang anderes liegt, das sie schöner finden und das ihren Wünschen mehr entspricht, gleichgültig, ob hierfür höhere Preise zu zahlen sind oder die Anfahrt kosten für das Baumaterial verteuert werden.

Aus diesen Behauptungen und "Beweisen" wird nun gefolgert, daß es falsch gelegen sei, den Interessenten, den Arbeitnehmern die Verfügung über die Mittel in die Hand zu geben. Dadurch würde das Interesse der Allgemeinheit hinter dem der Bergleute zurückgestellt, weil dieser Schicht durch eine unverhältnismäßige Sozialpolitik künftig das Empfinden eingeimpft sei, sie hätte nur zu fordern, um zu erhalten, was sie begeht.

Das Selbstverantwortlichkeit, was Selbsthilfe! Wir sind die Herren, wir uns hat die Allgemeinheit zu fördern, sonst machen wir nicht mehr mit! Man kann diese Zustände nur als standols bezeichnen.

In diesem Tone gehts noch eine Weile weiter. Wenn der feste Dr. Tillé geschrieben hätte oder ein ähnliches Käfig, so legte man es gewißzeitig zu dem Neben. Aber die Zeitschrift und ihr Herausgeber bürgen dafür, daß der sich allerdings vornehmlich in der Reserve haltende Verfasser kein Schornmacher alten Stiles ist, sondern wirklich ernstlich glaubt, einer Gefahr für das Vaterland entgegentreten zu müssen. Da außerdem gewisse Berliner Regierungskreise den hier vertretenen Ansprüchen nicht allzu fernstehen, so muß mit aller Deutlichkeit diese Rebellenkriege zerstört und klarheit geschafft werden.

Sind die Bergarbeiter oder ihre Vertreter durch ihre Ansprüche wirklich schuld daran, daß die einzelne Wohnung so hohe Herstellungskosten erfordert? Der "Alte Verband" kann für sich und seine Bevölkerungen in Anspruch nehmen, daß er seit den Geschäftspunkten vertreten hat, die neuen Bergmannswohnungen müssen gut und solide gebaut werden, in allen Teilen, auch Türen und Fenster, damit sie Dauerwert haben. Das ist, auch wenn im Augenblick dadurch die Kosten hoch erscheinen, die sparsame Bauweise. Die nächsten wirtschaftlich so furchtbaren Zeiten auch noch mit Reparaturkosten für neue Häuser zu bezahlen, wäre Torheit. Doch im Ennsberger Revier infolge der Bauhoffizierwierigkeiten des Vorjahrs viel grünes Holz verbraut ist, wird allen Beteiligten noch viel Arbeit und Kosten bereiten. Wir haben ferner Wert gelegt auf zweckmäßige Grundrisse, die den neuesten Erfahrungen entsprechen, auf ausreichende Keller und auf Stallsäume auf gute Wärmehaltung und Schallabschirmung der Bänke, aber ob die Liegeflächen unter den Fuß gelegt werden, und ob Fensterläden vorgehen sind, ist uns seit höchstens jenseitig erschienen. Wir bitten den Verfasser jenes Aufsatzes, uns den oder die Gewerkschaftsvertreter zu nennen, bei denen die Richtung und die Fensterläden eine solche Rolle spielen, daß sie durch die Siedlungsfragen beurteilen. Wir sind überzeugt, daß sie in wahren Fällen nicht zu fürchten sind.

Was nun die Lage am Kaliabgasen oder Bergesamt anlangt, so ist die Befreiung der siedlungstechnischen Interessen Sache der Gemeinden und seit diesem Jahre auch des Siedlungsverbandes. Hätte letzter im Berichte schon bestanden, so wäre mancher Fehler vermieden. Den Bergarbeitern einen Vorwurf machen zu wollen, daß sie sich gegen die zahlreichen Projekte der Kaliindustrie richten, wäre leichtlich, doch sie gegen die letztere Einheit der Behörden den Raum an einer unverhältnismäßigen Stelle durchsetzen hätten, dürfte erst zu beweisen sein.

Nun liegen aber auch die Geschwungskosten gar nicht so hoch über denen anderer Bezirke. Zum Beispiel gerade im Wochener und Gentenberger Bezirk, wo der Einstieg beim Betrieb beim Betrieb sehr hoch gewesen ist, stellen sich die Kosten pro Wohnung auch um die 100 000 Mark herum. Zu übrigen liegen die ganzen Abrechnungen noch sehr im Ueber, so daß ein endgültiges Urteil gar nicht möglich ist. Der Hauptpunkt aber ist die Vermischung. Es muß zu gegeben werden, daß in anderen Revieren die Mieten etwas höher angezeigt werden, sind als im Ruhrgebiet. Aber das Ruhrgebiet hat auch im Frieden die niedrigsten Mieten gehabt. In den Bestimmungen des Reichsarbeitsministers steht ausdrücklich: Mietwerte nach Lage des öffentlichen Wertmarktes. Die Bergarbeiter haben verzögert nach Bauern ausgeschlagen, die ihnen Lebensmittel unter dem Höchstpreis verkaufen, aber viele gekündigt, die gerne mehr nahmen. Warum soll hier der Bergmann mehr zahlen, als das Gesetz vorschreibt? Aber selbst wenn das Gesetz vorschreibt, daß z. B. die Miete mindestens die Hälfte des Bauaufwandes verzinzen müsse, so wäre das eine Ungerechtigkeit, wenn gleichzeitig die Höchstmonatserordnung den Inhabern der alten Wohnungen eine so unzeitgemäß niedrige Miete sichert. Man möge die Ruhrarbeiter nicht für die Konsequenzen der deutschen Gesetzgebung verantwortlich machen. Die "Bergarbeiter-Zeitung" hat mehrfach auf das Mißverhältnis zwischen Mieten und Baukosten hingewiesen, das aber nur durch Abgaben auf die alten Häuser, die zu allgemeiner Mietsteigerung führen, auszugleichen geht. Die Bergarbeiterstadt wird sich eine vernünftige Regelung des ganzen Wohnung- und Bauwesens, die Ende des schenlichen Wohnungsnots herbeizuführen verspricht, gar nicht entziehen, wenn sie dabei auch pekuniäre Opfer bringen muß oder genötigt wird, durch anderweitige Vermietung den Ausfall auszugleichen.

Verträgt man aber die tatsächlichen Verhältnisse nicht unter dem Eindruck irgendwelcher kleiner Tagesvorkommnisse und Nörgeleien von Leuten, die ihre Wichtigkeit übertrieben, sondern von dem Standpunkt der Entwicklung aus, so muß der Sozialpolitiker doch seine Freude daran haben, daß durch die Veranzelung des Arbeiters zur Ordnung ihres Wohnungswesens an der alten Höflichkeit, die mit der Werkwohnung verbunden war, gerettet wird. Manche von den Arbeitern, die jetzt in den Verwaltungsräten der Bezirkslebensmittelgesellschaften sitzen, haben Ehrenämter und Mandate in den Gemeindevertretungen, kennen dort die Wohnungstage auch von der anderen Seite gründlich und kommen damit in die Lage, ihren Kameraden bei der Löschung der Wohnungstage auch für spätere Zeiten wertvolle Dienste zu leisten, so daß die Werkwohnung und die Eigentumswohnung im Hause des Bau- und Bodenspekulanten ihre Rolle für immer ausgespielt haben dürfte. In solchen Entwicklungszonen soll man den Bergarbeitern helfen, die Entwicklung aber nicht durch unberücksichtigte Angriffe.

U. Th.

## Aus unseren Rechtschutzbüros.

Muß der Ehemann ein Bild bezahlen, welches seine Ehefrau ohne seine Einwilligung bestellt hat?

Über diese Frage hat das Amtsgericht in Essen am 12. Januar und 7. April 1921 entschieden. Ein Essener Kaufmann hat einen Arbeiter in Dortmund verklagt, weil er ein Bild, das seine Ehefrau bei einem Künstler bestellt hat, nicht bezahlen wollte. Da ähnliche Fälle in Arbeitervierteln sehr oft vorkommen, wollen wir das Urteil in seinem Tatbestand und den Entscheidungsgrundlagen wiedergeben:

Der Kläger wird mit seiner Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

**Ergebnis:** Ein Reisender des Klägers suchte im Ruhrgebiet die Ehefrau des Beklagten in dessen Wohnung auf und erbat, ihm ein Foto, das die Ehefrau des Beklagten vorgelegten Photographic zu verkaufen. Den ist von dem Reisenden vorgelegten Fotosechein unterzeichnet die Ehefrau des Beklagten. Der Kläger fordert vom Beklagten 80 Mark des Reisetrages und der Versendungskosten für das angeforderte und dem Beklagten angeblich zugesandte Bild und hat demgegenüber die Kosten des Beklagten zur Zahlung von 80,86 M. nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 19. Oktober 1920 zu verurteilen und das Urteil ist definitiv vollstreckbar zu erklären. Der Beklagte hat um Aufklärung gebeten, indem er ausführt, ihm ginge die Befestigung des Bildes auf Kosten des Beklagten, vielmehr dem Reisenden, vielmehr dem Künstler, vielmehr dem Bildhauer, vielmehr dem Fotografen, vielmehr dem Verleger, vielmehr dem Verkäufer, vielmehr dem Käufer, vielmehr dem Besitzer, vielmehr dem Besitzer des Bildes, vielmehr dem Besitzer des Bildes, vielmehr dem Besitzer des Bildes, vielmehr

Mindesgehalt von 12 % Stahl (K.O.) zur Darstellung von Magnesiummetall von 10 Pf. für 1 b. S. Stahl (K.O.) im Doppelzettelner nebst einer Auslauffangsgeschäft von 5,50 Pf. für den Doppelzettelner (letztere mit Wirkung vom 1. März 1921 ab).

### Die Krise im nassauisch-siegener Erzbergbau

hat keine Abschwächung, sondern eher eine Verschärfung erfahren, was nicht zuletzt mit den unsicheren politischen Verhältnissen zusammenhängt. Von der Wirtschaftsreform liegen im Lahn-Dillkreis noch große Mengen auf den Märkten, im April sind weitere Mengen aufgeschlagen worden, obgleich Peterschichten eingelegt wurden. Im Siegerland sind die Absatzverhältnisse noch besser, aber auch hier machen sich nun Stockungen bemerkbar. Der Siegerländer Eisenstein-Verkaufsbetrieb G. m. b. H. gibt seinen Bericht für das Jahr 1920 heraus, aus dem wir nach der "Frankfurter Zeitung" folgendes entnehmen:

Die Nachfrage nach Eisenstein ließ während des ganzen Jahres nichts zu wünschen übrig. So im 1. Quartal wegen Wagenmangels angefammelten Vorräte konnten in den Sommermonaten neben der Förderung mitversanden werden. Erst im letzten Quartal bildeten sich wieder neue Bestände, da der Bestand nach Rheinland-Westfalen von der Bahn wiederholt gesperrt war. Der Gesamtabzug betrug 1.821.210 Tonnen, wovon 1.250.074 To. als Selbstverbrauch bezeugt wurden. 777.171 To. (42,7 Proz.) blieben im Siegerland, 1.041.039 To. (57,3 Prozent) gingen nach Rheinland-Westfalen und Oberhessen.

Förderung der Vereinsgruben in To.:

Ganz- und Braunkohlestein	Niedersch.	Nost	Zusammen umgerechnet
1911 66.945	500.986	1.011.526	1.927.939
1912 74.463	552.395	1.220.905	2.265.735
1913 71.176	676.132	1.281.846	2.416.708
1914 69.140	478.061	1.142.787	2.032.828
1915 61.316	529.114	1.137.278	2.059.831
1916 66.207	579.815	1.189.909	2.192.963
1917 56.112	557.980	1.069.728	2.003.412
1918 50.061	486.334	1.039.130	1.887.269
1919 103.343	418.017	938.115	1.770.910
1920 88.900	413.581	913.323	1.693.801
Aufgestehende Gruben 1.500	2.421	—	3.921
Zusammen 90.490	416.002	913.323	1.693.822

Von den 1920 geförderten 1.693.801 To. der Vereinsgruben entfallen die größten Anteile auf Eisenwerk Kraft (377.476 To.), Wissener Eisenhütten (242.866) und Sieth & Schöningberg A.G. (112.023). Der Wegfall des Ausnahmeleriffs für Brennstoffe, sowie die wiederholten Verbesserungen der Eisenbahnlinien müßten den Siegerländer Bergbau verhängnisvoll werden; insbesondere erschweren sie den Betriebsverlauf mit ausländischem Erz. Schon jetzt seien die Schiffsschäden derart durchgängig, daß gewöhnlich ausländische Eisenlieferanten sich nach Rheinland-Westfalen niedriger stellen als insländische Erze. — Die Vertragsdauer des Vereins läuft am 30. Juni 1921 ab. Die Verhandlungen wegen seiner Verlängerung seien aufgenommen.

### Die Verlösung der Saarhöhlen

bringt bekanntlich einen Nots, der hinter dem Ruhrtollenlohs an Güte weit zurückbleibt. Nun sollen französische Techniker ein Verfahren erproben haben, durch welches der Saartoll dem Ruhrtoll mindestens ebenbürtig wird. Darauf wird genehmigt:

Eine französische Versuchsgesellschaft "Le Cote Métallurgique" wurde vor einiger Zeit mit 2 Mill. Fr. Kapital beauftragt und erreichte zu Hôpital (im französischen Alsdorfsdepartement) Verluststationen. Es wurden zwei Verfahren ausprobiert: das erste bestand darin, die Saarhöhlen vor der Verlösung mit einem mehr oder weniger starken Zusatz von wenig verlässlichen Bestandteilen enthaltender Anthrazitlohs zu vermischen. Die Versuche seien erfolglos gewesen, vornehmlich seind man keine Saarhöle, sondern andere, vermutlich französische, mit etwa 10 % verlässlichen Stoffen als Beifall bewarnt habe. Das zweite Verfahren sei die direkte Behandlung ohne Zusatz anderer Höhlen gegeben. Letzterem Prozeß habe man wegen der Vorteile, keine ausländische Kohle herbeiszuschaffen zu müssen, besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Versuche seien sehr abgeschlossen, und den französischen Industriellen wurden auf einer kürzlichen Sitzung Stolzmutter aus Saarhölen gezeigt, die alle kennzeichnenden Eigenschaften des guten rheinisch-westfälischen Hochfeuerstoffs hatten, nämlich eine Druckwiderstandsfähigkeit von ca. 400 kg pro Quadratzentimeter, während die Widerstandsfähigkeit des rheinisch-westfälischen Stoffs nur 300-350 kg beträgt —

Stimmen diese Angaben der französischen Kreise, so wäre damit zu rechnen, daß das Problem, aus Saarhölen einen guten Hochfeuerstoff zu machen, technisch gelöst worden ist. Ein sehr wichtiger Punkt ist jedoch der Selbstostenpreis, und französische Höhlen am Herstellungskosten leiser sein wird als der rheinisch-westfälische Hochfeuerstoff. Es sei jedoch vielleicht möglich, durch die höhere Qualität des Saartolls und durch den Markt, daß die bei den Versuchen der Saarhölenverarbeitung gewonnenen Nebenprodukte ganz besonders reichhaltig und hochwertig seien, einen Ausgleich zu schaffen. Zedenfalls hofft Frankreich durch die Beizsetzungsfähigkeit der Saarhölen zu Verlustszwecken einen großen Aufschwung der französischen Eisenindustrie Volksingen, der Ardennen, Vogesen und der Bezirke Pont-à-Mousson, Longwy und Nancy herbeiführen zu können.

### Stimme in Frankreich.

Dass die riesenkapitalistische Vertrübung, die obendrein noch als Sozialstierungserfolg angepriesen wird, keine deutsche Eigentümlichkeit ist, sondern auch in Frankreich vor sich geht, darüber berichtet die englische Zeitschrift "Economist" sehr lehrreiche Einzelheiten. Ein bedeutender Teil der französischen Schwierindustrie vereinigt sich in zwei großen Werksgesellschaften. Der eine umfaßt unter dem Namen "Groupe des Houillères du Nord et du Pas de Calais" 19 wichtige Bergwerks- und Stahlengesellschaften, darunter die berühmten Anzin-Minen, ferner die Gruben in Aniche, Croisilles-Nord, Douai, Escarpelle, Flines les Mines, Thivencelles, Béthune, Courrières, Rievin u. a. m., ferner die "Société des Hauts Fourneaux, Forges et Acieries" (Hochöfen- und Stahlwerke) in Denain und Anzin. Der andere Konzern hat sich aus den drei wichtigsten französischen Stahlengesellschaften gebildet: in der "Société Anonyme des Forges et Acieries du Nord et de l'Est" sind die "Société des Forges et Acieries du Lorraine" und die "Usines Métallurgiques de la Bassse-Lorraine" aufgegangen. Dieser Konzern, schreibt der "Economist", umfaßt 22 Hochöfen, vier Thomasstahlwerke, drei Martinetwerke und zwei Elektrostahlwerke, dazu sechs große französische Bergwerksgesellschaften, bedeutenden Koblenzestoff in England, viele Kalkstein-, Gement- und Baumaterialienfabriken mit zusammen 360 Mill. Tonnen des besten Eisenerzes. Die Werke können zusammen jährlich vier Millionen Tonnen erzeugen und arbeiten gegenwärtig alle normal, mit Ausnahme einiger im Pas des Calais liegenden, die voraussichtlich ab Mai 1922 wieder produzieren können." Man sieht hieraus, daß die großkapitalistische Vertrübung eine internationale Erscheinung ist.

### Internationale Rundschau. Kommen über die Lage Deutschlands.

Kamerad G. Simmen, Sekretär der Aachen-damer Internationalen, der durch sein Verhalten bewiesen hat, daß er die Lebensbedürfnisse Deutschlands in gerechter Weise zu würdigen versteht, hat einen Redakteur von "Het Volk" (soz. Zentralblatt in Holland) die im Internationalen Gewerkschaftsbüro herrschende Auffassung über die gebotene Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem Ultimatum der Entente mitgeteilt. Simmen erklärte, Deutschland befände sich gegenüber der militärischen Entente in einer beispiellosen Frustrationsslage. Ablehnung oder Annahme? Ablehnung bedeutete die Beziehung des Ruhrgebiets mit unabsehbar schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen, auch vielleicht den Verlust von ganz Oberschlesien. Beizahlen müsse Deutschland auch auf diese Weise doch. Annahme bedeutete, den österreichischen Willen zu folgen, ohne militärische Frustrationen zu zahlen, was man eben könne. Letzteres sei das kleinere Übel. Simmen riet also zur Annahme des Ultimatums. Was Deutschland zahlen könne, darüber seien sich die Sachverständigen in beiden Lagern sehr einig. Die Nazis müßten dies erwarten. Die Komparsen sei, daß Deutschland an die Arbeit gehen könne und dabei die Vergütung erhalten über möglichst große Hilfsquellen. Nach dieser Richtung unterstützte die Gewerkschaftsinternationale jede Möglichkeit, die den europäischen Wiederaufbau beginnt. Auf die Frage, ob die Gewerkschaftsinternationale keine Aktion unternommen könne gegen die militärische Gewaltpolitik,

antwortete Simmen, die Wiederanstrengung der Internationale sei noch jungen Datums, das internationale Solidaritätsgefühl würde durch die Kriegsnachwirkungen noch stark beeinträchtigt. Überdies herrsche eine schwere ökonomische Krise in der ganzen Welt, die auch in den Aktionskraft der Arbeiter herabdrücke. (die englischen Arbeiter seien bekanntlich im eigenen Lande in schwere Kämpfe verwickelt, die ihnen den Platz auf die Vorgänge im Auslande beschränke.eachen. die Gewerkschaftsinternationale sei mit gewaltiger Aktionskraft für den Frieden in Europa auf den Platz treten könne. Das in diversen Ländern systematische Spaltung versucht der Gewerkschaften von angeblich radikalster Seite betrieben würden,heute dem Kapitalismus und dem Chauvinismus auch noch zugute. Doch müsse dieser Zustand überwunden werden und er sei der Frieden, daß die Gewerkschaftsinternationale zu der Kraft käme, die dem Völkerfrieden dienlichen Ziele zu verwirklichen.

ausgesprochenen Geben und hätten nirgendwo größeren Einfluss wie dort. Ausgerechnet wieder in diesem westbelauem schwierigen gewerkschaftlichen Organisationsgebiet, in Saarabien, wurde der Gewerkschaften das Abrechnen nicht wenigen Arbeiter. Es bildete sich sogar eine "Komunistische Gewerkschafts- und Industriezentrale Saargebiet". Diese hat herausgegeben folgende Verhaltungsregeln für kommunistische Gewerkschaften.

1. Jeder kommunistische Gewerkschaftsverein muß Fraktionmitglied sein.heft.heft.heft.heft. Sein Hauptbestreben ist darauf zu richten, seine Gewerkschaften in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ständig zu erweitern und zu verstetzen. 2. Die heutigen Wirtschaftsverhältnisse weisen den Gewerkschaften ein ungeheures Tätigkeitsfeld zu; die Wirtschaftsfragen sind zu rein politischen Fragen geworden, weshalb verschiedene Meinungen über die Lösung der Probleme einfließen müssten, da die Gewerkschaften verschiedene politische Richtungen in den Organisationen vertreten sind.heft.heft.heft. Um eine einheitliche Stellung unserer Richtung zu ermöglichen, erfordert die Bildung von Fraktionen innerhalb der Betriebsausschüsse,heft.heft.heft. Organisationen usw.

Es können togen: 1. a) Gewerkschaftskonferenzen der Ortszentralen; b) Industriekonferenzen (alle Partei unabhängig) der Ortszentralen; 2. Unterbezirkskonferenzen wie a) und b); 3. Konferenzen der Hauptzentrale wie a) und b). Anträge der einzelnen Fraktionen sind an die Unterbezirke und Hauptzentrale zu richten, ebenfalls hat jeder Gruppen-Obmann alle 11 Tage einen Sitzungstermin an den Unterbezirk und die Hauptzentrale einzutragen. Bei allen Konferenzen, Fraktionssitzungen ist Kontrolle vorzunehmen und nur Jurit gegen Ausweisarten zu geben. Verlorene Ausweise sind sofort zu melde.

Kommunistische Industrie- und Gewerkschaftszentrale. Sitzung für 3. Internationale. Beide verlorene Stärke muss sofort zwecks Sperrung gemeldet werden." Also hätte das Hauptstein freigewerkschaftlich organisierte Saarländeren Fahrzeughaltung einen offenen Kampf gegen eine Welt von Feinden geführt, um sich schließlich nachdem endlich die alten saarabischen Fesseln gestrengt waren, den "kommunistischen" Diktatoren die stark gewordene Organisation zerstören zu lassen? Tausendmal haben unsere von dem Kavallerie habe verfolgten Saarländeren die Uneinigkeit der Gewerkschaften verschlüsselt und nun sollen sie sich innerhalb der Organisation, innerhalb der Bergbausabschaffung usw. besondere "Fraktionen" auf die Maie schenken lassen? Diese sogenannten "Kommunisten" scheinen ja nur das fort, was die König, Simon, Köhling, Silger, Taubach, Schütz usw. begonnen haben, nämlich die Vereinigung der Bergarbeiter durch Sonderorganisationen! Dadurch hat man den Reichschaftsbund zerstört, dadurch hat man nachdem Jahrzehntlang das Auskommen des Bergarbeiterverbands verhindert und nun will durch Sonderorganisationen die "Kommunistische Zentrale" eine neue Gewerkschaftszerstörung durchführen! Diese Gefahr werden unsere elterproben Kameraden erkennen. Sie dürfen sich nicht von schwierigen Preisen, hinter denen nichts steht, beseelen lassen. Überhaupt die Saarländeren noch nicht genug Schätzgeld bezahlt? Gibt sich das Trauerspiel von 1922 wiederholen? Es bleibt jedem Verbandsmitglied freigestellt, welcher politischen Partei es angehören will, ganz gleich, ob sie "rechts" oder "links" steht. Aber innerhalb des Verbandes parziale politische Fraktionen zu dulden, das bedeute die Zersetzung unserer Organisation! Nur einige stehen wir, meinten fallen wir. Das wissen gerade die Saarländeren aus langjähriger kouriger Erfahrung.

### Der Kriegskampf in Großbritannien

hielt auch in der Woche vor Pfingsten noch an. Wohl berichten englische Zeitungen über Abschüttungen von den Kämpfenden und "Zusammenbrüchen des Kriegsminnes" in ihren Reihen. Man muss ja auch bedenken, daß nun schon sechs Wochen die Miesenschar von fast einer Million Bergarbeiter um ihren Lebenslohn kämpft und die Vergleichende Kriegsgefangen sind. Durch die Nachricht, daß die kommunistische Partei sich in ihrer Weise in den Kampf zwischen Arbeit und Kapital einmischt, um einigen Zielen Zusammenhüte mit Truppen und Polizei erfüllt sind, kann nicht übersehen. Ein solcher Kriegskampf löst eben auch leidenschaftliche Erbitterung an in den Arbeiterschaften, wenn sie zu den Kämpfern kommen. Sie sollten durch den Hunger zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen werden. Das letzte Angebot der Regierung: 1. kein nationaler Preis, 2. Regelung der Löhne nach Distrikten, 3. Schiedsgericht über die neuen Löhne, 4. Staatslicher Zuschuß von 10 Millionen Pfund Sterling für vier Monate, 5. Lohnkürzung im Mai 12 Shilling, im Juni 3½ Shilling täglich, hat eine Konferenz des Bergarbeiterverbands mit 19.000 gegen 15.000 Stimmen abgelehnt. Seitdem stehen die Verhandlungen auf dem wahren Punkt. In der Woche vor Pfingsten griffen die Transportarbeiter zu Gunsten der Bergarbeiter ein. Die Verhandlung eingeführt. Wieder wurde verweigert. Wenn es sich um deutsches Recht handelt, so kann es nur Reparationslohn sein, über deren Verwendung lediglich die Entente verfügt. Die Reg. Im ganzen Lande duldeten nur die Transportarbeiter und Eisenbahner auf die aktive Unterstützung der Bergarbeiter hin. Die Kostenversorgung des Landes ist nunmehr außerordentlich knapp geworden. Die Regierung versucht, durch militärische Maßnahmen die Lebenszufuhr zu ermöglichen. Die Zahl der Arbeitslosen soll auf ca. 5 Millionen steigen. Im ganzen Lande wächst die Erregung über die unerwartet lange Dauer des Grubenstillstandes. Nur vor dem Pfingstfest hielt es, in dieser Woche wurde eine entscheidende Wendung eintreten! Der Bergarbeiterbund ist nach wie vor zu Verhandlungen bereit, wenn das Angebot diskutabel ist.

### Entlohnung der britischen Bergleute.

Einem Artikel, den Kamerad Frank Hodges in der "Times" zur Rechtfertigung der Haltung des Bergarbeiterverbands veröffentlicht, entnehmen wir: Der Bergarbeiterlohn stand im März d. J. etwa 163 Prozent über dem Lohn, der vor dem Kriege gezahlt wurde. Wenn nun, was die Bergarbeiter zugeben wollen, der Soziallohn um 2 Shilling gefügt würde, so würde der Lohn noch 133 Prozent über dem Kriegslohn stehen. Würden, wie man behauptet, die Kosten für die Lebensmittel im Mai um 125% Prozent gegenüber dem Kriegsstand auf, dann beträgt die ganze Lebensförderung seit 1914 praktisch nur 7½ Prozent. Das Wochenblatt "Foreign Affairs" (Ausländische Angelegenheiten) macht mit beiderdem Nachdruck darauf aufmerksam, daß die Krise im britischen Kohlenbergbau hauptsächlich eine Folge des Spa-a-Abkommens sei. Während Deutschland in den 11 Monaten vom 1. September 1919 bis 31. Juli 1920 mit 7½ Millionen Tonnen an die Entente abgeliefert wurde, wurden in den folgenden 5 Monaten unter der Androhung der Ruhestellungsbesetzung 8½ Millionen Tonnen abgeführt. Dadurch sei in erster Linie die Kohlenzufuhr Großbritanniens schwer getroffen worden. Man erlebt hiezu wieder, wie abhängig die Wohlsohrt des einen Konsortiums von der Auseinandersetzung der Bergarbeiter ist.

### Warum die Belgier streiken.

Als belgischen Blättern erscheinen wir, daß am 2. Mai zehntausende belgischer Bergleute nicht antraten, sondern demonstrative Umzüge veranstalteten zum Protest gegen die Freilassung des Großindustriellen Baron Coppé, der befreit ist, während des Krieges mit den Deutschen sehr gewinnreiche Geschäfte zum Schaden Belgiens gemacht zu haben. Viel weniger belastete Angeklagte wurden von der Justiz schwer bestraft, der schwerindustrielle Baron wurde freigesprochen — das war der Grund des Proteststreiks. Daß dieser Aktion ein gesundes natürliches Empfinden zugrunde liegt, ist nicht zu bestreiten.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtssbezirk Dortmund.

#### Gewerkschaftszerstörer an der Arbeit.

Es ist besonders charakteristisch, daß sich die Elemente, welche sich fälschlich Kommunisten nennen (haben vom Wesen des Kommunismus gar keine Ahnung), zur Unterwerfung der Gewerkschaften gerade solche Bezirke auswählen, wo die moderne Arbeiterorganisation am längsten und schwersten um ihre Errichtung gegen Kapital, Gesetz und Sozialbehörde kämpfen muß und wo es erst durch die Novemberrevolution möglich wurde, für die Gewerkschaften namhafte Mitgliederschaften zu gewinnen. Die gewerkschaftliche Jugend dieser Bezirke erklärt ja auch monache der dortigen Elitareiter. Wir erinnern an Wandsfeld, an gewisse Zeiten im Erzgebirge, wo die Gelben noch 1918 angeblich waren — heute blinkt dort der Sozialismus mehr wie anderswo. In Saarabien war es unserem Verband bis 1918 nicht möglich, die Bergleute in erheblicher Weise zu gewinnen. Kapital, Presse und sehr häufig auch der Klerus helfen die Arbeiter in dem starkesteren Raum. Die "katholischen Facharbeiter" spielen dort mit die Rolle der

ausgesprochenen Gelben und hätten nirgendwo größeren Einfluss wie dort. Ausgerechnet wieder in diesem westbelauem schwierigen gewerkschaftlichen Organisationsgebiet, in Saarabien, wurde der Gewerkschaften das Abrechnen nicht wenigen Arbeiter. Es bildete sich sogar eine "Komunistische Gewerkschafts- und Industriezentrale Saargebiet". Diese hat herausgegeben folgende

#### Verhaltungsregeln für kommunistische Gewerkschaften.

1. Jeder kommunistische Gewerkschaftsverein muß Fraktionmitglied sein. Sein Hauptbestreben ist darauf zu richten, seine Gewerkschaften in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ständig zu erweitern und zu verstetzen. 2.

gründet den Standpunkt der Märscheren damit, daß eine gleichbleibende Förderung erzielt werden müsse. Ganz recht, aber ich bin überzeugt, daß das auch möglich ist, wenn so fakturiert wird, daß bis zum 15. November jeder seinen Urlaub erhalten hat, mit Ausnahme derjenigen, die einen späteren Termint wünschen oder die infolge Arbeitsvertrags bestimmungsgemäß erst später ein Anrecht darauf haben. Das läßt sich sehr gut durchführen. Derjenige Rechtsverteiler, der dies nicht fertig bringt, ist noch mehr Dafürhalten nicht auf der Höhe.

Der Bergbau muß in seinen Arbeiten darauf eingestellt werden. Im Sommer müssen diejenigen Betriebspunkte, die viel Kohlen liefern, auf Kosten der weniger Kohlen liefernden Betriebspunkte dauernd voll beladen bleiben. Im Winter, wenn kein Arbeiter mehr durch Urlaub fehlt, müssen jene Betriebspunkte stärker beladen werden, die weniger Kohlen liefern. Kurz, die Vorrichtung muß im Sommer etwas zurückstehen gegenüber dem Abbau und im Winter muß das Gegenteil eintreten. So kann die Förderung auf gleicher Höhe erhalten werden. Den Bergarbeitern wird dadurch etwas mehr Sonne zuteil, die ihnen doch wohl jeder gönnen wird.

Zu wenden mich hier an die Deutschen und an die beteiligten Organisationen, um für dieses Jahr schon diese Regelung herbeizuführen, obwohl ich zu denjenigen gehöre, welche wohl im Sommer ihren Urlaub erhalten werden.

Wihl, Rütten, Tischlaken bei Wieden.

### Gegen die Preiserhöhung für Arbeiterwohnenarten.

Unser Verband hat schon am 29. April an den Herrn Reichsverkehrsminister folgende Eingabe gerichtet:

Mit Inkrafttreten der erhöhten Eisenbahnhafpreise ab 1. Juni d. J. sollen auch die Preise für Arbeiterwohnenarten erhöht werden. Aus mehreren Gründen werden wir von den davon betroffenen Mitgliedern unseres Verbandes ersucht, beim Herrn Reichsverkehrsminister dahin zu rufen, daß diese Erhöhung für Arbeiterwohnenarten nicht in Kraft trete. Die beabsichtigte Erhöhung beträgt das über 200 Prozent und bedeutet eine sehr starke Belastung der ohnehin schon schwer bedrängten Arbeiter. Es kommt weiter in Frage, daß durch die Arbeitslosigkeit und damit verbundene Umstellung in der Industrie ein großer Teil der Arbeiter gezwungen ist, auf weit entlegenen Arbeitsstellen Arbeit zu nehmen. Die durch die Erhöhung herverursachte Erhöhung dieser notwendigen Maßnahme sowie die Wirkung auf die Lebensverhältnisse der in Betracht kommenden Arbeiter weigen u. G. weit stärker als die Einnahme, welche für die Eisenbahn dabei herankommt.

Wir bitten den Herrn Reichsverkehrsminister, aus den angeführten Gründen dahin zu rufen, daß die bisherigen Preise für Arbeiterwohnenarten bestehen bleiben und sehen einer baldgefaßlichen Antwort entgegen.

### Schüttelrutsch- oder Feldbahnbetrieb?

Zu den Jahren 1906-07 gingen die Zechen des Ruhrtreibers dazu über, den Abbau weniger mächtiger Flöze mittels Schüttelrutschungen zu betreiben. Aber auch mächtigere Flöze, zu 2 Meter und darüber, wurden in den folgenden Jahren ein Opfer dieses Systems. Zechen mit 70-80 Prozent Förderung aus Schüttelrutschungen gehörten durchaus nicht zu den Seltenheiten. Erst die Materialknappheit der Kriegsjahre schaffte hier Wandel. Die Rutschungen wurden auf der hiesigen Schachtanlage in den mächtigeren Flözen durch den sogenannten Feldbahnbetrieb verdrängt. Die Regel, den Wagen an den Gewinnungspunkt heranzubringen, wurde mehr und mehr befolgt. Einer Anregung des technischen Betriebsratsmitgliedes nachgehend, baut man jedoch auch jetzt Flöze von 1,20 Meter Mächtigkeit mittels Feldbahn ab, indem man den Nachfall von 30-40 Centimeter Tiefe mit nachzieht, um genügend Höhe für den Wagen zu bekommen.

Im folgenden sei kurz die Art des Abbaus skizziert. Die Strebhöhe beträgt bei einem Einfallen bis zu 25 Grad rund 50 Meter, die Breite des Abbaustokes 8-10 Meter. Am vorteilhaftesten ist es, den 12-14 Meterstarken Stollen Höpfe auf der oberen Strecke über der Ringstufe im Oberstöß auszurollen. Der Höpfe kann jedoch auch in der unteren Strecke liegen, dann ist aber das Teil über Rollen zu führen. Teilstreich und Lufthebrauch ist hier sehr erheblich. Die Bänke in der Ruhrtreibse und am Arbeitsstöß wird noch Art der Feldbahnen mit eisernen schiefen Stufen gelegt. Eine Rungslücke bei sehr schwachem oder einer Peterplatte mit Windleisten und Säulen bei stärkerem Einfallen vervollständigen die ganze Einrichtung.

Durch diese Abbautechnik ist es hier möglich geworden, daß in zwei Säulen liegende Flöz Wilhelm vollständig abzubauen. Die Mächtigkeit der Ober- und Unterbank beträgt je 60 Zentimeter, das Vergenmittel 60-100 Centimeter. Beim Rutschensbetrieb wurde nur die Oberbank gebaut. Was es in volkswirtschaftlicher Beziehung bedeutet, die Unterbank mit zu gewinnen, liegt auf der Hand.

Es bleibt also nur noch die Flöze von 55-70 Centimeter Mächtigkeit für den Rutschensbetrieb übrig. Teilstreich kann man jedoch diese Flöze schwiebig ab, indem man sie auf Hängen oder Liegenden nachdrückt, um mit dem Wagen an den Gewinnungspunkt zu gelangen. Die fallenden Berge dienen hierbei als Verlagsmaterial. Durch diese Neuorientierung hat man den Rutschensbetrieb auf etwa 15-20 Prozent eingeschrankt gegenüber 50-60 Prozent vor und während des Krieges. Die Erfahrungen haben hier gezeigt, daß bei Feldbahnbetrieb, entgegen dem Rutschensbetrieb, mengenfache Einsparungen gemacht werden. Hat man beim Feldbahnbetrieb außer Schienen und Platten nur kleine Halpel nötig, so sind beim Rutschensbetrieb neben Rollen, Rutschten, Rollen, Rahmen und Schrauben lange Verbindungsstäbe zwischen Motor und Streichleitung erforderlich. Der Vergleich zeigt, daß der gesuchte Einsparungsgegenstand ist bedeutend größer als der der Schienen, Platten und Halpel beim Feldbahnbetrieb. Der Preiskostenverbrauch ist natürlich beim Rutschensbetrieb viel größer, da ja fortwährend die ganze Rutsche als tote Masse mitbewegt werden muss.

Auf der hiesigen Schachtanlage hat man mit dieser neuen Abbautechnik Erfolge erzielt, zumal die Leistung pro Mann und Schicht noch neueren gelegten ist.

E. Sch. Steiger, Zeche Recklinghausen I.

### Überbergamtbezirk Bonn.

#### Friedrich Keller f.

Zum 2. Mai starb, 87 Jahre alt, nach fünfzigem Krankenlager, der Kamerad Friedrich Keller an Lungenentzündung. Keller war seit 1913 Vertretermann der Zahlstelle Gräveneck; er gehört jetzt das Lohnloft in Troisdorf mit zu den Pionieren unserer Bewegung. Wurde doch gerade hier noch zu einer Zeit, in welcher sich der Verband in anderen Revieren längst durchgesetzt hatte, mit allen Mitteln gegen den Verband gekämpft. Die Kameraden des Lahntales wissen, was es heißt, vor dem Kriegs-Vertretermann des Verbandes zu sein. Das in ihm gesetzte Vertrauen hat er zu allen Zeiten in vollstem Maße gerechtfertigt. Nachdem im vergangenen Jahre das Betriebsrätegesetz in Kraft getreten war, wurde er auch in den Betriebsrat der Grube Schottendorf gewählt, welchem er bis zu seinem Tode angehört. Denn es geht, gegen Willkür und Überstand auf dem Boden zu sein, stellte Keller seinen Mann. Sein offenes und ehrliches Wesen, seine Breitwilligkeit in allen Lebenslagen, seinen Kameraden ein treuer Berater und Helfer zu sein, habe ihm nicht nur das Vertrauen der Kameraden, sondern auch die Sympathie anderer Bevölkerungs Kreise erworben. Dieses kam zum Ausdruck in einer sehr zahlreichen Beteiligung am Betriebsräteging. Nun ruht seiner Freude vom Kampfe aus. Wir verstehen in dem Entschluß eines Sieger geschafften Friedens unter Sach und einen immer höheren Kram. Ehre seinem Andenken!

### Hannover, Braunschweig, Hessen, Lippe.

#### Künger Betriebsrat - Hammische Werksverwaltung.

Der Küngler Wintershall-Alexanderhöll verfügt über ein eigenes Braunkohlenbergwerk Gimmoerde. Das Braunkohlenbergwerk beliefert die Stahlwerke mit Brennstoffen. Infolge der Krise in der Stahlindustrie wurde auch der Betrieb des Braunkohlenwerkes eingeschränkt und das Werk unrentabel. Der Betriebsrat tat nun sein Möglichstes, um die Wirtschaftlichkeit des Betriebes und die Arbeitsmöglichkeit für die Arbeiter sicherzustellen. Die Niederschrift einer Sitzung, welche der Direktion zur Berücksichtigung unterbreitet wurde, ergibt u. a. folgendes:

In der am 24. März 1921 stattgefundenen Betriebsratssitzung wurde auf Grund des gegebenen Berichtes, nach welchem ein großes Defizit für das Jahr 1920 festgestellt wurde, folgende Resolution vom Betriebsrat angenommen:

Es ist bekannt geworden, daß für die Grube ein Ingenieur zum zweiten Direktor, welcher die Grube mit bewilligten Fällen versehen werden soll. Der Betriebsrat betrifft die Anfrage, daß die Beamten, die jetzt den Betrieb leiten und in ihm tätig sind, ihrer Ansicht gemäß sind... Aus Sparmaßnahmen aus daher der Betrieb gegen Einsparungen nicht mehr höheren Beamten profitieren. Der Betriebsrat stellt den Antrag an die Direktion, daß

wirken zu wollen, daß schnellstens Braunkohlenpressen angelegt werden. Durch Betriebsverlauf kann man dem Haushaltbedürfnis nachkommen und den Abschluß sichern."

Zu solchen Anträgen ist ein Betriebsrat nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, wenn er überzeugt ist, damit etwas Gutes für die Volkswirtschaft und die von ihm vertretenen Arbeiter zu schaffen. (§§ 1 und 86 des Betriebsrätegesetzes.) Die Betriebsfunktionen brauchen solche Anträge nicht auszuführen, müssen sie jedoch entgegennehmen. Eine auch nur halbwegs fähige Direktion hätte mindestens über solche von Vernunft und Einsicht zeugenden Anträge mit dem Betriebsrat verhandelt. Die hier in Frage kommende Werksverwaltung hat sich aber folgende Antwort an den Betriebsrat gegeben:

Geringen, den 5. April 1921.

An den Vorsitzenden des Betriebsrats der Gewerkschaft Gimmoerde. Aus den uns überbrachten Niederschriften der Sitzungen des Betriebsrates unserer Braunkohlengruppe entnehmen wir, daß die Arbeitnehmervertretung, es für nötig hält, mit Anregungen an die Werksleitung herangetreten, deren Durchführung überhaupt unmöglich ist. So stellte der Betriebsrat unter anderem in der Sitzung am 21. 3. d. J. den Antrag, eine Werksfabrik zu bauen. Um derartige Anträge zu stellen, dürfte die vorläufige Arbeitnehmervertretung kaum irgendwie technisches oder wirtschaftliches Ver- ständnis besitzen.

Was die an und weiter eingereichte Resolution von 24. 3. d. J. betrifft, in der der Betriebsrat, wie er angibt, aus Sparsamkeitsrücksichten gegen die Einführung von höheren Beamten protestiert, so lehnen wir eine Förderung über diese Frage überhaupt ab und ver- bitten uns für die Zukunft derartige Schreiber.

Sollten sich derartige Schreiber wiederholen, so werden wir auf Grund der Bestimmungen des § 41 des Betriebsrätegesetzes beim Schlichtungsausschuß die Auslösung des vorliegenden Betriebsrats wegen gräßlicher Verleugnung seiner Pflichten beantragen.

Mit Glück auf! Bergarbeiterverwaltung der Gew. Wintershall.

Daß Worte, die von solchen beschränkten "Werksverwaltungen" verhafdet werden, angreifbar unterstellt werden, versteht sich am Rande. Hier zeigen sich die Mängel des Betriebsrätegesetzes. Unbedingt muß der Satz stehen, daß die Werksverwaltungen über Anträge des Betriebsrats verhandeln müssen. Der Fall lehrt aber auch, daß das Gesetz Dunnheit, wie die obige, sofortige "Auslösung" der Betriebs- verwaltung "wegen gräßlicher Pflichtverletzung" durch den Schlichtungsausschuß vorsehen muß.

### Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

#### Das traurige Ende.

Zu welches Unglück zahlreiche Arbeiter und Familienwäter durch unverantwortlich handelnde Puschisten hingerichtet worden sind, verleiht ein Brief, den ein Mitarbeiter der kommunistischen Betriebsrat und seine Genossen an die Werksverwaltung abgaben. Dieser lautet:

"Unterzeichnete bitten hiermit freundlich mit Rücksicht auf unser Alter, doch Gnade zu walten zu lassen und uns bald wieder in unser altes Arbeitsverhältnis zurückzukommen zu lassen. Wir wissen, daß es nur in Ihre Hand liegt, uns helfen zu können, denn kein Arbeiter kann uns Arbeit geben oder dazu verhelfen, auch keine Organisation kann uns einen Weg zeigen, noch auf diesem bei den heutigen Verhältnissen zu unterfangen. Wir sind nicht die Aufführer gewesen. Wir haben uns entschuldigt bis auf Kleinstleuten, wo wir um Verzeihung bitten. Wir haben gesessen und haben auch geföhlt, daß wir nur für Arbeiter gelebt haben, die es nicht wert sind, daß man sich mit ihnen organisiert. Wir danken an Selbsthilfe, indem wir geschworen haben, uns ganz auf die Seite des Arbeitgebers zu stellen, denn wir auf diesem Wege kann unsere Familie vor weiterem Elend bewahrt werden. Einige geneigten Antreten entgegenstehend, bitten wir

Hochachtungsvoll (folgen eine Anzahl Unterschriften)."

Der Menschheit ganzer Jammer sagt uns an, wenn wir diesen in demütigem Tone gehaltenen Brief lesen. Wo sind nun die Moskowitzer, um den Gemahrgesetzen zu helfen? Unser Verband löst seine gemahrgesetzten Mitglieder nicht im Stich, sondern unterstützt sie. Die Puschisten sind nur so neidergebaut, daß sie sich als Schutztrupp für die "Arbeitgeber" aufstellen. So entstehen neue gefährliche Vereine durch die Schule der Moskaufläbigen. (An der Salzschiffen Maschinenfabrik Jimmertzen, wo die "Kommunisten" den Betriebsrat beherrschten, sind nur durch Neuwahlen fast nur alle ohne Rücksicht gekommen! Daher also führt die Zerstörungsarbeit der Moskauer. Lernet daraus, Kameraden überall!)

#### Zurückgezogene.

Der Bitterfelder Industriebezirk gehörte bisher zu den radikalsten Domänen der kommunistischen Gewerkschaftszentralmutter. In dieser Hochburg arbeiteten die Kommunisten mit siebenfacher Energie, die Betriebsräte in der "Wirtschaftlichen Räteorganisation" zusammenzuschließen, um über diesen Weg die Gewerkschaften der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale anzufordern. Die "W.R.O." hat sich inzwischen aufgelöst und der Osterputsch hat ernüchternd gewirkt. Im letzten Jahre war es oft nur unter persönlicher Gefahr möglich, den gewerkschaftlichen Standpunkt in Versammlungen darzulegen. Auch um die Zusammenfassung der Betriebsräte sind erbitterte Kämpfe geführt worden. Unsre unzureichende Tätigkeit ist nicht ohne Erfolg geblieben. Bereits im Dezember beschloß eine Volksversammlung der Betriebsräte mit 82 gegen 80 Stimmen, sich auf gewerkschaftlicher Grundlage zusammenzuschließen. Dieser Beschluß wurde von den Kommunisten sabotiert. Sonderkonferenzen im Bergbau und in der Chemie fanden statt, um die Mehrheit wieder dem Rädels Lager aufzuführen. Es hat ihnen nichts genutzt. Je wichtiger und höhergestellt die Kommunisten gegen uns arbeiten, um so mehr wandten sich die Arbeiter, angefeuert von den Freien, ab. Nachdem nun die Neuwahlen der Betriebsräte stattgefunden haben, stand in einer Volksversammlung am 27. April die Frage der Zusammenfassung erneut zur Debatte. In Frage kommen in der Hauptfase die Betriebsräte des Bergbaus und der chemischen Industrie. Folgende Entscheidung wurde gegen 1 Stimme angenommen:

Die unterzeichneten Betriebsratsmitglieder verpflichten sich durch Namensunterchrift, die Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa als Ausdruck des Willens der Gesamtheit der neun Millionen organisierter Arbeiter Deutschlands einzuerkennen und danach zu handeln.

Desgleichen bekennen sie, nur nach den Bestimmungen des Gewerkschaftsvertrages, der Betriebsratsverein und den vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa herausgegebenen Richtlinien arbeiten zu wollen. Ebenso sollen die vom Betriebsräte Kongress herausgegebenen Richtlinien und Beschlüsse als alleinige Richtschnur für die Betriebsräte dienen. Sonderorganisationen zur Zusammensetzung der Betriebsräte erkennen die Unterzeichneten nicht an.

Die Unterzeichneten erklären, daß Betriebsratsmitglied nur derjenige sein kann, der diese Verpflichtung unterzeichnet (Unterschriften)."

Eine einige Tage später stattgefundenen Konferenz der Gruppe Bergbau hat jedoch einstimmig der Verpflichtung zugestimmt. Damit ist der Bruderkampf auf gewerkschaftlicher Grundlage beigelegt. Mögen auch anderorts die Kameraden einsehen, daß wir nur in alter Geschlossenheit vertratzt kommen.

#### Sie leben von der Lage.

Es ist unmöglich, aus alle Ecken und Verstecken, welche seitens der Unionen gegen die freien Gewerkschaften erhoben werden, zu antworten. Wollen wir es, würde der Raum unserer Zeitung nicht ausreichen, der doch für längere Zwecke vorhanen ist. Eine besondere Leistung vollbringt die "Freie Arbeiter-Union" zu Borna in ihrer Nr. 17 vom 7. Mai 1921. Unter der Rubrik "Aus dem Borsig-Reich" bringt sie einen Auszug aus einem Rundschreiben, betitelt: "Was der Betriebsrat nicht darf", welches im vorigen Jahre von einer ganzen Anzahl Arbeitgeberverbände an ihre Mitglieder verschickt worden ist. Einleitend sagt die "Freie Arbeiter-Union": "Im Herbst vorjähriges Jahres ging uns ein durch die Arbeiterschaft ein geschicktes Rundschreiben zu, das für die Betriebsräte unseres Ruhrländer Kreises bestimmt war und worin denselben die Rechte und Pflichten als solche vorgeschrieben werden." Am Schlusse des Artikels heißt es dann:

"Wenn die Betriebsräte nach diesen Richtlinien arbeiten, so sind sie nur weiße Salze" und keine Vertreter der Arbeiterschaften, sondern des rechten Flügels der USPD. Kein Grund, sich gegen die Ausführungen einzusetzen. Gewerkschafter, die der Gewerkschaftszentralmutter angehören, die solche Richtlinien für die Betriebsräte mit ausarbeiten, wirken auf die Betriebsräte schädlich wie Weißgardisten und Obrigkeit. Kameraden! Ihr seid daran, wie kleinen Sünden eine Verretzung steht. Sorgt dafür, daß solche Richtlinien das Gewissen beruhigt.

Die "Freie Arbeiter-Union" weiß, daß derartige Richtlinien nie in der Arbeitsgemeinschaft vereinbart worden sind. Sie weiß, daß das Kundschreiben von den Arbeitgeberverbänden an ihre Mitglieder versandt worden ist. Würde es anders sein, würde sie nicht bis jetzt mit ihrer Veröffentlichung gewartet haben, wo sie schon im vorigen Herbst Kenntnis davon hatte. Durch den wahnstöhnigen Märktputsch haben die Führer der Unionen und Kommunisten ihr wahres Gesicht gezeigt. Die Arbeiter, welche ihnen bis dahin Gefolgschaft leisteten, erkennen, wie sie ins Verderben geführt, wozu sie mißbraucht werden und ziehen beunruhigend ihre Schlüsse. Deshalb greift die "Freie Arbeiter-Union" zum Moskauer Rezept, zur Lüge, weil sie ohne dem nicht leben kann.

#### Saargebiet.

#### Die kommunistischen Zellenbauer im Saargebiet.

Unter diesem Titel bringt das "Centralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" in seiner Nr. 9 vom 29. April den Auftakt eines Berichts der kommunistischen Zeitung "Sozialistische Republik" über unsere Konservenkonferenz am 27. Februar im Saargebiet. "Wohltätigstes", wie nun einmal unsere Freunde in Thüringen sind, vergibt das "Centralblatt" über die wahnstöhnigen Märktputsch haben die Konservenkonferenz ein schlechtes Gesicht gezeigt. Die Arbeitnehmervertretung, welche ihnen die vorläufige Arbeitnehmervertretung zum Moskauer Rezept, zur Lüge, weil sie ohne dem nicht leben kann,

Die "Sozialistische Republik" hat schon berichtet, daß ich keine solche Auflösung ergehen ließ und überdrückt wirklich das "Centralblatt" meine Höflichkeit. Wohl würden die Gäste, wie es sich gehört, öffentlich begrüßt, aber wieder nicht von mir, sondern von dem Betriebsleiter Hettnerich und dem Konferenzleiter, der wirklich Kommunist, aber ein braver Verbündeter ist. Aus den Ausführungen im "Centralblatt" Klingt die Freude heraus, daß im Saargebiet Mitglieder unseres Verbandes den kommunistischen Ideen huldigen; denn man hofft, daß diese Zersetzung in der Gewerkschaft treiben, dadurch die freie Bewegung schwächen und folgedessen die christliche stärken würden. Der Wunsch ist hier Vater des Gedankens. Das "Centralblatt" hätte aber um wenigstens Grund, sich zu wundern, wenn im Saargebiet der Kommunismus wuchert. Wo einst Gilde und Dachbach herrschten, wurde ebenso wie in Königstreuens Mansfeld der Boden für solche Ideen trefflich vorbereitet.

In unserem Verbande haben wir aber keinen Grund, Kommunisten töter zu spielen, das überlassen wir denen, die nach alter Tradition jeden neuen Geisteshauch bekämpfen und denen selbst das arme Österreich schon zu lobwürdig ist, wie der Bericht über die christliche internationale Konferenz in Salzburg beweist. Wir fragen nicht nach der Verteilungshöflichkeit, aber müssen von jedem Mitgliede verlangen, daß es das Verbandsstatut befolgt. Wer dies nicht tut, hat wieder, gleichviel welcher Partei er zugehört, die Konsequenzen zu tragen. Auch haben wir nichts dagegen, wenn jemand nach Moskau will, um sich über die russischen Zustände zu unterrichten. Nur gibt dazu der Verband keine Mittel, da die Gewerkschaften Deutschlands nicht der Moskauer, sondern der Amsterdamer Internationale angehören. Über die Partei, welche die Konferenz in Saarbrücken beschäftigte, mag sich der Verfasser der kommunistischen Zellenbauer im "Centralblatt" nur keine Hoffnungen machen, denn es wäre wirklich schade um ihn, wenn sie so stark würden, daß er von Saarbrücken nach